

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Der politische Wettbewerb wird frei : Exklusiv-Interview mit einem ungarischen Politbüromitglied  
**Autor:** Nyers, Rezsö  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093662>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der politische Wettbewerb wird frei

Hier ist ein Exklusivinterview mit dem Vater der ungarischen Wirtschaftsreform, Staatsminister und Politbüromitglied Rezső Nyers. Aufgenommen wurde es im Parlament in Budapest am 5. Mai von Dr. Joseph Pozsgai.

*Herr Minister, Anfang Mai hat Ungarn angefangen, die technisch-elektronische Grenzsperrung zu Österreich abzubauen. Ein Loch wurde in den Eisernen Vorhang gerissen. Es gibt wieder sozusagen einen freien Zugang zum Westen. Ungarn hat jedes Jahr über eine Million Ostblocktouristen. Führt diese Massnahme nicht zu Komplikationen mit den anderen sozialistischen Ländern?*

Die Entfernung der Grenzsperrungen ist nicht frei von Problemen, aber meiner Meinung nach nicht unerträglich, weder für Ungarn noch für die sozialistischen Staaten. Die Entscheidung ist von Ungarn im Alleingang getroffen worden, zumal die Zeit zu gemeinsamen Beschlüssen in diese Richtung noch nicht reif ist. Befreundete Länder, die bei der Öffnung nach Westen noch nicht soweit sind wie Ungarn, können sich den Abbau ihrer Grenzanlagen nicht leisten. Nachdem ihre Bürger sich in Ungarn praktisch frei bewegen können, ist die neue Lage für einige Ostblockländer zweifellos nicht problemlos.

*Insbesondere für die DDR . . .*

Für die DDR und die Tschechoslowakei, aber auch für Rumänien. Doch diese Länder haben unseren Schritt zur Kenntnis genommen, und ich hoffe, dass darüber hinaus keine politischen Konflikte mit ihnen entstehen werden.

*Ungarn steht vor einer Verfassungsreform und die regierende kommunistische Partei USAP vor einer Parteireform. Parteichef Karol Grosz sagte kürzlich, noch keine regierende Partei habe in der Geschichte freiwillig auf die Macht verzichtet. Wie wird die Rolle der USAP in der neuen Verfassung verankert? Wird sie ihre führende Rolle weiterhin behalten, oder akzeptiert sie den freien Wettbewerb mit den anderen oppositionellen Parteien?*

Die führende Rolle der USAP wird nicht in die neue Verfassung übertragen. Wir, die Führung der USAP, würden dies gar nicht vorschlagen. Im Rahmen des Mehrparteiensystems wäre es nicht richtig und auch diffamierend für uns. Es wird also freien Wettbewerb geben. Den freien Wettbewerb aber

kann man mit verschiedenen Methoden durchführen. Ich denke, die gegenwärtige Situation in Ungarn ist noch so, dass es bei den bevorstehenden Parlamentswahlen nur um die Macht geht. Die neuen politischen Kräfte neben der USAP sind noch schwach; sie suchen erst ihr politisches Programm, ihre Verhältnisse zueinander und zur USAP. Trotz allem sollten die nächsten Parlamentswahlen, die möglicherweise noch Ende dieses Jahres oder im nächsten Jahr stattfinden, einen richtigen Wettbewerb bringen, wenn auch in gewissen Fragen einen gemässigten Kampf. Ob und in welcher Form dies gelingt, dafür können wir keine Garantien abgeben.

*Wird es eine verfassungsgebende Nationalversammlung geben, oder sollte noch das gegenwärtige Parlament die neue Verfassung verabschieden?*

Die Schaffung einer neuen Verfassung wird die Aufgabe des heutigen Parlaments sein. Aber es ist durchaus möglich, dass die endgültige Verabschiedung der neuen Verfassung durch das neugewählte Parlament stattfinden wird.

*Im Rahmen der Wirtschaftsreform erscheint die Frage des Eigentums an Produktionsmittel als eine grundlegende Frage. Was ist hier zu erwarten?*

Ein Teil der Betriebe wird künftig als Aktiengesellschaft funktionieren. Die grösseren Unternehmen werden in Form von AG ihre Geschäfte fortführen, die kleineren werden in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgestaltet, also das Kapital auf gesell-

schaftlicher Basis repräsentieren. Ausserdem wird es künftig andere Formen des staatlichen Unternehmens geben: die traditionellen öffentlichen Betriebe oder Kommunalbetriebe, die im Rahmen der Selbstverwaltung funktionieren. Ausserdem wird es staatliche Unternehmen geben, die ihre Tätigkeit als soziale Institutionen wie Renten- und Krankenversicherung oder als Sportorganisationen ausüben. Einen sehr bedeutenden Platz nehmen die Genossenschaften ein, die sich für die Marktwirtschaft in einem ohnehin fortgeschrittenen Stadium befinden als die bisherigen Staatsbetriebe.

*In jedem Land sind so viele talentierte Leute zu finden, die auch im Rahmen der freien Marktwirtschaft die Unternehmen führen können. Nur muss man diese Leute finden. Haben Sie schon Vorstellungen für eine richtige Auslese?*

Bisher haben wir die Manager zentral ausgewählt. Jetzt sollte die Auslese auf gesellschaftlicher Ebene stattfinden. Schon vor vier bis fünf Jahren wurde bei vielen Institutionen ein Bewerbungssystem für Manager eingeführt. Heute ist dieses System vorherrschend für die Auslese. Bei der Ausbildung von Managern scheint allerdings eine grundsätzliche Reform notwendig.

*Glauben Sie, dass man die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufgabe erlernen kann? Ob jemand ein fähiger Manager ist, wird erst seine Tätigkeit im Unternehmen weisen . . .*

Damit bin ich einverstanden. Aber die Grundausbildung ist ausserordentlich wichtig. Die betroffenen Universitäten sollten sich darauf umstellen.

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's



«Haben Sie gehört, Herr Nachbar? Theoretisch hat sich der Weg vor dem gesunden Menschenverstand bereits geöffnet . . .» («Budapester Rundschau» 46/88)

Ein grosser Teil der staatlichen Industrie wurde nach einer falschen Wirtschaftsstruktur aufgebaut, die Ungarn in der Stalin-Zeit aufgezwungen wurde. Diese Betriebe, die mit Verlust arbeiten, müssen nun saniert oder eingestellt werden. Das kann jedoch eine Massenarbeitslosigkeit und damit politische Unruhen auslösen.

Wir sind darauf vorbereitet. Eine grössere Zahl von Arbeitslosen ist unvermeidlich. Wieviel es schliesslich sein werden, können wir heute noch nicht beurteilen. Das hängt auch von den konjunkturellen Verhältnissen der ungarischen Wirtschaft ab. Zurzeit gibt es in Ungarn 22 000 Arbeitslose und 60 000 offene Stellen. Aber die Einstellung der mit Verlust arbeitenden Betriebe steht erst noch bevor. Dann rechnen wir bei günstigen politischen Verhältnissen mit 100 000 bis 200 000 Arbeitslosen. Noch nicht abzusehen ist, wie schnell wir neue Arbeitsplätze schaffen können.

Nicht jeder Arbeiter und Angestellte kommt gleichzeitig ans Ziel: in die Marktwirtschaft, wo die Arbeit besser bezahlt wird. Rechnen Sie mit politischen Spannungen unter den Unzufriedenen?

Wenn die Freilegung der Preise und Löhne im jetzigen Tempo weitergeht, dann ergibt sich zweifellos ein viel grösseres Problem als heute, weil die Löhne nicht in jedem Sektor erhöht werden können, die Preise sich aber dem Weltmarktniveau immer mehr nähern,

so dass ein soziales Problem vorprogrammiert ist, das man mit staatlichen Sozialleistungen, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern, und mit Stipendien nur teilweise lindern kann.

Besteht Hoffnung, dass der ungünstige staatliche Aussenhandel mit den RGW-Ländern auf freiwilliger Basis von Firma zu Firma mit der Anwendung von Weltmarktpreisen umgestellt wird, zumal das Nationaleinkommen Ungarns über 50 % durch den Aussenhandel realisiert wird.

Nicht bei allen RGW-Ländern. Wir brauchen dazu noch fünf bis sechs Jahre. Wir haben vor, mit Ländern, die zu der Marktreform bereit sind, bilateral den freien Handel einzuführen. Mit Jugoslawien sind wir schon auf diesem Weg. Im Falle Polens scheint es auch möglich zu sein. Freilich ist hier die Sowjetunion entscheidend, mit der die beinahe wöchentlich stattfindenden Verhandlungen im fortgeschrittenen Stadium sind. Die Vereinbarung ist noch nicht perfekt, aber die Probleme sind nicht politischer Natur.

Wegen der Verschiebung der sowjetischen Preisreform?

Nein, das hängt nicht damit zusammen. Es handelt sich um eine Umstellung, wonach Ungarn zur Sowjetunion solche Handelsbeziehungen pflegen sollte, wie sie die Sowjets zu Österreich und Finnland haben. Es gibt

sowjetischerseits viel Wohlwollen, aber der Wechsel zum Handel mit konvertiblen Zahlungsmitteln ist noch mit vielen finanziellen Detailfragen verbunden. Eine Lösung zeichnet sich aber bereits ab.

Die DDR wehrt sich gegen eine derartige Umstellung . . .

Die DDR will an der bisherigen Praxis nichts ändern, wie übrigens auch die ČSSR nicht.

Wenn das Abkommen mit der Sowjetunion unter Dach und Fach ist, können Sie in Ost-Berlin anders auftreten . . .

Ich muss sagen, der Handel mit der DDR ist für uns nicht unwichtig, aber es stört uns kaum, wenn er so weitergeht wie bisher.

Zur Wirtschaftsreform braucht Ungarn Geld. Westliches Kapital und Investitionen. Anderswo können Sie die notwendigen Finanzmittel nicht aufreiben, zumal die Sowjetunion die gleichen Probleme hat wie Ungarn.

Was halten Sie vom Henry-Kissinger-Plan, wonach die USA in Absprache mit der Sowjetunion eine grossangelegte Hilfsaktion für Osteuropa starten sollten, um damit gegenüber Moskau sozusagen zu garantieren, dass die Hilfe von politischer Einflussnahme frei ist?

Zurzeit halte ich diesen Plan für die östliche Seite für unakzeptabel. Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die militärischen Probleme gelöst sein werden und die aussenpolitische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington sich verstärkt, scheint eine solche Aktion vorstellbar. Ungarn kann mit den Reformen aber nicht so lange zuwarten.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört aus dieser Sicht in eine andere Kategorie. Ungarn könnte westdeutsches Kapital zur Verwirklichung der industriellen Modernisierung schon in naher Zukunft heranziehen.

Das Interesse an Ungarn und überhaupt an Osteuropa ist überall gross, so dass wir amerikanisches, westeuropäisches und auch japanisches Kapital importieren wollen. Günstig ist die Lage zweifellos für das westdeutsche Kapital, denn Ungarn kennt Westdeutschland am besten, und die Westdeutschen kennen sich in Ungarn besser aus als beispielsweise die Amerikaner.

Zurzeit herrscht im Westen noch grosse Zurückhaltung, in Osteuropa zu investieren, weil man noch immer nicht sieht, wo die Reise politisch hingeht . . .

In Ungarn wird sich das Bild nach den Parlamentswahlen schnell ändern. Die innenpolitische Lage stabilisiert sich. Was den Kapitalimport betrifft, werden wir dann schnell all die Bedingungen schaffen, damit sich westliche Investoren in Ungarn zu Hause fühlen. ■